

schaft, ihre enge Zusammenarbeit aus den fünfziger Jahren blieb ihnen immer frisch in Erinnerung. Die von den Ministerpräsidenten Zhou Enlai und Nehru initiierten "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" werden heute allgemein als Grundsätze zur Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen anerkannt.

Vor kurzem gedachte Beijing zweier indischer Ärzte, die wertvolle Beiträge zum Krieg des chinesischen Volkes gegen die japanische Aggression geleistet hatten, Dr.D.S.Kotnis, der vor vierzig Jahren und Dr.M.Atal, der vor 25 Jahren starb. Das chinesische Volk wird diese internationalistischen Kämpfer nie vergessen... Die Grenzfrage zwischen China und Indien ist ein Problem, das von der Geschichte hinterlassen wurde und dem viele komplizierte Faktoren innewohnen. Dieses Problem sollte so früh wie möglich gelöst werden, da dies im Interesse des Friedens in Asien und der übrigen Welt liegt... Wir hoffen, daß es so früh wie möglich eine umfassende und vernünftige Lösung gibt..."

In ähnlichem Sinne hatte sich am 22. Oktober 1982 kein Geringerer als Deng Xiaoping gegenüber einer indischen Delegation des "Rats für Sozialwissenschaftliche Forschung" geäußert; ähnlich Ministerpräsident Zhao Ziyang in einem Interview mit "The Hindu". Überhaupt tauchen in den chinesischen Erklärungen immer wieder die gleichen Argumente auf: alte Freundschaft während der fünfziger Jahre (Erinnerungen an Bandung und an Nehrus Aussage, daß "Inder und Chinesen Brüder" seien); gemeinsames koloniales Schicksal; gemeinsame Zugehörigkeit zur Dritten Welt; Gemeinsamkeiten bei der Bevölkerungsentwicklung; Notwendigkeit freundschaftlicher Konsultationen; Entwicklung von Handel, Wissenschaft und Kultur.

d) Auch die inzwischen stattgefundene vierte Runde (24. bis 30. Oktober 1983 in Neu-Delhi) brachte Ergebnisse nur auf "Nebengebieten", nicht jedoch in der Grenzfrage. In der Tat werden beide Länder hier einen langen Atem brauchen; geht es doch auf der indischen Seite nicht nur um die Wiederherstellung des Gesichts, das im Herbst 1962 in so katastrophaler Weise "verloren" gegangen war, sondern auch um innenpolitischen Sprengstoff, für dessen Beseitigung sich im indischen Parlament keine Mehrheiten finden lassen. Immerhin hatte es dreizehn Jahre gedauert, ehe zwischen beiden Regierungen über-

haupt wieder normale Gesprächskontakte hergestellt werden konnten. Es war Außenminister Huang Hua, der mit seinem Indien-Besuch im Februar 1979 erste Gesprächsfäden geknüpft hatte (drei Jahre vorher, i.J. 1976, waren die diplomatischen Beziehungen erst wieder aufgenommen worden). Hinzu kommt, daß das beiderseitige Verhältnis auch am Rande der Grenzfrage alles andere als trübungsfrei ist:

- Seit dem indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 9. August 1971 hat Neu-Delhi einen für den chinesischen Geschmack allzu prosowjetischen Kurs eingeschlagen, der sich auch auf die indische Afghanistan-, Kambodscha- und Vietnam-Politik auswirkt und der zu einer engen indisch-sowjetischen Zusammenarbeit auch im Militärbereich geführt hat.

- Umgekehrt mißtraut Indien der engen Zusammenarbeit Chinas mit Pakistan und mißbilligt die chinesische Kashmir-Politik.

- Auch in ihrer beiderseitigen Himalaya-Politik mißtrauen sich die Nachbarn: China beispielsweise hat die Auslöschung der Souveränität Sikkims durch Indien mißbilligt; Indien umgekehrt vermutet hinter nicht wenigen Unruheherden im Nordosten Indiens eine lenkende chinesische Hand. Indisches Mißtrauen hat überdies der Bau der Karakorum-Straße ausgelöst, einer 900 km langen Verbindung zwischen China und Pakistan. Seiden- oder Waffenstraße: So etwa lautet die Frage hinter der vorgehaltenen Hand Indiens. 10.000 Chinesen und 15.000 Pakistani hatten zehn Jahre lang an diesem Teilstück der alten Seidenstraße gearbeitet und sie zweispurig sowie wetterfest ausgebaut. Indien vertritt die Auffassung, daß der relativ bescheidene Handel zwischen China und Pakistan den Ausbau einer so kostspieligen Straße ja kaum gelohnt hätte; außerdem verlaufe die Karakorum-Straße in dem von Pakistan "okkupierten Teil Kashmirs".

Strategische Bedeutung kommt der Straße ganz sicherlich zu, wenn auch vielleicht in einem anderen als dem gegenwärtig von Neu-Delhi vermuteten Sinn. Das Länderdreieck Afghanistan, Iran und Pakistan ist ein heißer Punkt auf der globalen Landkarte. Was sich in Afghanistan vollzogen hat, nämlich eine kommunistische Machtübernahme, könnte sich vielleicht eines Tages in Teheran und Rawalpindi wiederholen. China, das zu wissen glaubt, daß hierbei nur die Sowjetunion ge-

winnen könnte, will am Ende nicht nur Zuschauer bleiben. Zumindest in Pakistan, das seit Jahren als bester Freund Chinas in Asien gelten darf, will Beijing einem zweiten Afghanistan vorbeugen. Vielleicht wird die Regierung in Delhi eines Tages begreifen, daß die chinesische Pakistan-Politik zumindest heutzutage nicht mehr in erster Linie gegen Indien, sondern vielmehr gegen die Sowjetunion gerichtet ist, die sich bereits heute im pakistanischen Nachbarstaat, Afghanistan, eingerichtet hat.

-we-

#### (4)

#### **Bombenanschlag auf südkoreanische Politiker in Rangun: Nordkorea bleibt unerwähnt**

Mit dürren Worten berichtet Xinhua (XNA, 11.10.83) von einer "Explosion", welche sich am 9. Oktober in Rangun "ereignete" und "elf hochrangige südkoreanische Beamte", darunter vier Minister, tötete und 16 andere verwundete - und zwar kurz bevor der (in Anführungszeichen gesetzte) "Präsident" Chun Doo-hwan am Ort des Anschlags eintraf. Daß Birma kurze Zeit darauf die diplomatischen Beziehungen mit Nordkorea abbrach, weil nach Lage der Dinge nur Pyongyang als Drahtzieher in Betracht kommen könne, blieb in der chinesischen Berichterstattung und Kommentierung unerwähnt.

-we-

#### INNENPOLITIK

#### (5)

#### **Kampf gegen "geistige Verschmutzung"**

Im Zentrum der innenpolitischen Entwicklung im November 1983 stand die Bekämpfung der sog. "geistigen Verschmutzung" (jingshen wuran). Propagandachef Deng Liqun zufolge stammt der Begriff der "geistigen Verschmutzung" von Deng Xiaoping persönlich (RMRB, 10.11.83). Deng Xiaoping hatte in einer Rede auf der 2. Plenartagung des XII. Zentralkomitees der KP Chinas Mitte Oktober 1983 eine "geistige Verschmutzung an der ideologischen Front" kritisiert und zum ersten Mal seit dem Tod von Mao Zedong im September 1976 die Bekämpfung "rechter Tendenzen" für wichtiger erklärt als den Kampf gegen die "Linken", d.h. Maoisten (RMRB, 25.10.83; siehe auch C.a., Oktober 1983, Ü 6).

Soweit bisher bekannt, tauchte

der Begriff "geistige Verschmutzung" zum ersten Mal in einer Rede des Direktors der Zentralen Politischen Abteilung der VBA, Yu Qiuli, auf, die dieser im August 1983 anlässlich einer Preisverleihung für Armeeliteratur gehalten hatte. Diese Rede wurde in der September-Ausgabe der Zeitschrift "Literatur der Befreiungsarmee" (Jiefangjun Wenyi) veröffentlicht (in: SWB, 25.10.83). Danach wurde der Begriff "geistige Verschmutzung" von Propagandachef Deng Liqun in einer Rede auf einer von der Zeitschrift "Halbmonatsgespräche" (Banyuetan) am 27. September 1983 veranstalteten Konferenz erwähnt (nach: Zhengming, Dezember 1983, S.54). Schließlich tauchte der Begriff "geistige Verschmutzung" in einem Leitartikel der "Guangming-Tageszeitung" vom 8. Oktober 1983 auf. Erst am 11. oder 12. Oktober 1983 hielt Deng Xiaoping vor dem Zentralkomitee jene Rede, in der er "die geistige Verschmutzung an der ideologischen Front" geißelte. Die Tatsache, daß der Begriff zuvor bereits mehrfach auftauchte, deutet darauf hin, daß sich die Parteiführung bereits seit längerem mit diesem Thema befaßt.

Deng Xiaoping gab auf der 2. Plenartagung des XII. ZK folgende Definition des neuen ideologischen Kampfbegriffs: "Das Wesen der geistigen Verschmutzung besteht in der Propagierung aller möglichen Arten von dekadentem und zum Aussterben verurteilten Gedankengut der Bourgeoisie und anderer Ausbeuterklassen und in der Verbreitung einer Stimmung, die von fehlendem Vertrauen in den Sozialismus, in die Sache des Kommunismus und in die Führung durch die Kommunistische Partei gekennzeichnet ist." (nach: RMRB, 16.11.83)

Sowohl aus dem Leitartikel der "Volkszeitung" vom 16. November 1983 als auch aus diesbezüglichen Äußerungen von Propagandachef Deng Liqun von Anfang November (siehe RMRB, 10.11.83) geht eindeutig hervor, daß unter "geistiger Verschmutzung" hauptsächlich die "Infiltration von bürgerlichem Gedankengut" und von "falschen westlichen Theorien" verstanden wird. Vor allem der Humanismus und die Anwendung des Marx-schen Entfremdungsbegriffs auf sozialistische Gesellschaften werden kritisiert. Im Zentrum der Angriffe steht auch der Existenzialismus des französischen Philosophen Jean-Paul Sartre (GMRB, 8.10.83), dessen zentrale Forderung nach individueller Selbstverwirklichung in politischer und ökonomischer Freiheit in diametra-

lem Gegensatz zum real praktizierten Marxismus-Leninismus und zu den verschiedenen Interpretationen der "Mao-Zedong-Ideen" steht. Insofern handelt es sich bei der Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" im Grunde genommen um eine Wiederaufnahme der Kampagne gegen die "bürgerliche Liberalisierung" vom Sommer 1981. Darüber hinaus zählen noch pornographische Bücher und Zeitschriften, Bilder, Tonbänder und Video-Filme zur "geistigen Verschmutzung" (RMRB, 17.11.83). Doch auch dieses Objekt der Parteikritik ist nicht neu: Seit 1979 sind immer wieder öbszöne, gewaltverherrlichende und andere "ungesunde" Darstellungen jeglicher Art kritisiert worden.

Deng Xiaoping zufolge "müssen gegenwärtig an der ideologischen Front vorrangig und schwerpunktmäßig rechte und aufweichende Tendenzen berichtigt werden" (RMRB, 25.10.83; Hervorhebung des Autors). Nachdem es der Deng-Fraktion auf dem XII. Parteitag der KP Chinas gelungen war, die maoistische Fraktion entscheidend zu schwächen, fühlt sich Deng Xiaoping jetzt offenbar stark genug, gegen bürgerliche und demokratische Tendenzen vorzugehen, ohne eine Ausnutzung dieser Bewegung durch maoistische Kräfte befürchten zu müssen. Trotzdem ist es in einer Reihe von Orten bereits zu Auswüchsen gekommen: Jungen Frauen wurde verboten, sich Dauerwellen machen zu lassen, Kosmetika zu benutzen und modische Kleider zu tragen. Selbst Volkstänze und das Züchten von Blumen wurden als "bürgerliche Lebensweisen" kritisiert und als "geistige Verschmutzung" unterbunden. Allerdings sind solche Auswüchse von der Parteipresse bereits kritisiert worden (RMRB, 17.11.83). Die "Volkszeitung" warnte davor, in die Radikalität früherer Kampagnen zu verfallen. Im übrigen wies das ZK-Organ ausdrücklich die Auffassung zurück, nach der es sich beim Kampf gegen die "geistige Verschmutzung" um eine "Bewegung" (yundong) handelt - vielmehr stelle die Beseitigung der "geistigen Verschmutzung" eine permanente Aufgabe beim Aufbau einer geistigen Zivilisation des Sozialismus dar (RMRB, 16.11.83).

Gewarnt wurde in den Massenmedien auch davor, die binnenwirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen oder die Öffnung Chinas gegenüber dem westlichen Ausland als Ursachen der "geistigen Verschmutzung" zu kritisieren und damit in Frage zu stellen. Propagandachef Deng Liqun erklärte am

28. November 1983 auf einer Konferenz über Propagandaarbeit, daß sich die Beseitigung "geistiger Verschmutzung" auf den ideologischen Bereich beschränken solle. Einige Mängel und Mißerfolge im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform dürften nicht als "geistige Verschmutzung" bezeichnet werden. China werde auch künftig an der Wirtschaftsreform und an der Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland festhalten. Deng betonte, daß sowohl die Ausrichtung der Partei als auch die Beseitigung der "geistigen Verschmutzung" in den Dienst des Wirtschaftsaufbaus gestellt werden müßten (RMRB, 29.11.83). Bereits am 16. November hatte die "Volkszeitung" eine Änderung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik entschieden abgelehnt. Zwar sei, so das ZK-Organ, die Infiltration bürgerlichen Gedankenguts im Rahmen der Öffnung gegenüber dem Ausland und der binnenwirtschaftlichen Liberalisierung "unvermeidlich", doch müsse dieser bürgerlichen "geistigen Verschmutzung" vornehmlich mit "ideologischem Kampf" aber auch mit administrativen und strafrechtlichen Maßnahmen begegnet werden. Auf gar keinen Fall dürfe jedoch deshalb die gegenwärtige Wirtschaftspolitik geändert werden.

-sch-

## (6)

### Zhou Yang übt öffentlich Selbstkritik

Der Vorsitzende des Schriftsteller- und Künstlerverbands, Zhou Yang, hat in einem Interview mit Redakteuren der Nachrichtenagentur Xinhua am 5. November 1983 Selbstkritik wegen seiner im März geäußerten Ansichten zu Entfremdung und Humanismus im Sozialismus geübt. Zhou Yangs Selbstkritik wurde am 6. November sowohl vom ZK-Organ "Volkszeitung" als auch von dem Intellektuellen-Blatt "Guangming-Tageszeitung" veröffentlicht. Radio Beijing soll die Erklärung Zhou Yangs sogar im Originalton gesendet haben (nach: SZ, 9.11.83).

Zhou Yang hatte auf einem Marx-Symposium anlässlich des Stages von Karl Marx im März 1983 in einem Vortrag über Probleme der marxistischen Theorie erklärt, daß es auch im sozialistischen China Entfremdungserscheinungen gegeben habe bzw. gibt. Als Beispiele nannte Zhou Yang

- die Vernachlässigung des Wirtschaftsaufbaus, die eine Entfremdung auf ökonomischem Gebiet gewesen sei;
- fehlende demokratische Rechte und ein mangelhaftes Rechts-

system, die zu einer Entfremdung der Macht geführt hätten; und

- der Personenkult, der auf ideologischem Gebiet das hervorstechendste Beispiel für Entfremdung gewesen sei.

Zhou Yang zufolge sind die Ursachen für diese Entfremdungsercheinungen nicht im sozialistischen System als solchem zu suchen, sondern in der spezifisch chinesischen Ausformung. Die angestrebten Reformen des Wirtschaftssystems und des politischen Systems richteten sich, so Zhou Yang, gegen diese Entfremdungsercheinungen. So habe sich z.B. die "Befreiung des Denkens" gegen die Entfremdung auf ideologischem Gebiet, d.h. gegen den Mao-Kult, gewandt. Darüber hinaus trat Zhou Yang in dieser Rede für einen marxistischen Humanismus ein.

Die Veröffentlichung des von Beginn an umstrittenen Vortrages von Zhou Yang in der "Volkszeitung" vom 16. März 1983 führte sofort zu parteiinterner Kritik nicht nur an Zhou Yang, sondern auch an der Führung der "Volkszeitung". Es dauerte immerhin acht Monate, bis sich Zhou Yang zu einer Selbstkritik bereitfand. Allerdings fiel diese Selbstkritik durchaus differenziert aus, und sie fand offensichtlich auch nicht die ungeteilte Zustimmung der Parteizentrale, denn Zhou Yang äußerte am 10. November 1983 auf einer Konferenz des Schriftsteller- und Künstlerverbands die Befürchtung, daß seine Selbstkritik möglicherweise nicht weit genug gegangen sei (RMRB, 11.11.83). In seiner Selbstkritik gestand Zhou Yang zwar ein, daß er "nicht genügend darauf geachtet habe, zwischen den marxistischen und bürgerlichen Ansichten zu dem Begriff der Entfremdung eine klare Trennungslinie zu ziehen", doch hielt er indirekt an seiner Ansicht fest, daß es auch im Sozialismus Entfremdung geben könne und Humanismus geben müsse. Zhou Yang gab allerdings zu, daß sein Vortrag von gegenüber dem Sozialismus feindlich eingestellten Personen entstellt und für deren eigene Zwecke benutzt werden könne. Auch sei die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß das Referat einer Reihe von willensschwachen und ideologisch schwankenden Personen das Vertrauen in die Zukunft des Sozialismus und des Kommunismus nehmen könnte. Das eigentliche Problem, so Zhou Yang in seiner Selbstkritik, bestünde jedoch darin, daß er in den letzten Jahren nur der Bekämpfung "linker" Tendenzen Aufmerksamkeit ge-

schenkt habe, während der schwerwiegende Einfluß der bürgerlichen Ideologie seit der Öffnung Chinas gegenüber dem Westen von ihm vernachlässigt worden sei.

Der durch sein kulturevolutionäres Schicksal offenbar geläuterte frühere Kulturdespot Zhou Yang, der in den 40er und 50er Jahren zahlreiche Schriftsteller kaltgestellt hatte, war bereits 1981 wegen mangelnder Bekämpfung "bürgerlicher Liberalisierungstendenzen" angegriffen und im Frühjahr 1982 seines Postens als stellvertretender Propagandachef des ZK enthoben worden. Auf dem XII. Parteitag der KPCh im September 1982 war Zhou in die Zentrale Beraterkommission abgeschoben worden. Seinen Posten als Vorsitzender des Schriftsteller- und Künstlerverbands hat Zhou Yang bisher behalten dürfen.

-sch-

### (7) **Politische Säuberungen in der Führung der "Volkszeitung"**

Der Verlagsdirektor der "Volkszeitung", Hu Jiwei, und der stellvertretende Chefredakteur des ZK-Organs, Wang Ruoshui, sind im Rahmen der Kampagne zur Beseitigung der "geistigen Verschmutzung" aus ihren Ämtern entlassen worden. Dies wurde Mitte November 1983 von offiziellen Vertretern der Zeitung bestätigt. Hu Jiwei habe "andere wichtige Aufgaben" innerhalb des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses übernommen, hieß es in einer Erklärung des höchsten Parteiblattes gegenüber ausländischen Journalisten. Damit wurde Hu - wie andere führende politische Abweichler vor ihm auch (Geng Biao, Peng Chong, Lu Dingyi usw.) - auf einen unbedeutenden Posten strafversetzt. Das Schicksal von Wang Ruoshui ist unklar: während es in einer Erklärung hieß, Wang sei "auf einen anderen Posten versetzt" worden, erklärte ein anderer Vertreter des ZK-Organs, daß das ZK noch über eine neue Aufgabe für den Ideologie-Fachmann nachdenke.

Zum Nachfolger Hu Jiweis im Amt des Verlagsdirektors wurde der bisherige Chefredakteur der "Volkszeitung", Qin Chuan, ernannt. Im Gegensatz zu Hu und Wang war Qin Chuan auf dem XII. Parteitag der KP Chinas im September 1982 in das Zentralkomitee als Mitglied gewählt worden. Neuer Chefredakteur der "Volkszeitung" wurde Li Zhuang, einer der bisherigen stellvertre-

tenden Redaktionsleiter. Li gehört spätestens seit Anfang 1963 der Redaktion der "Volkszeitung" an. Nach seinem Sturz während der Kulturrevolution wurde er im April 1977 rehabilitiert und zum stellvertretenden Chefredakteur des ZK-Organs ernannt (AFP, 14.11.83, nach: MD, 15.11.83; SZ, 17.11.83; FAZ, 18.11.83; AW, 2.12.83).

Die aus der Führung der "Volkszeitung" gesäuberten Hu Jiwei und Wang Ruoshui zählen zu der kleinen Gruppe radikaler Reformen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas, die umfangreiche Systemreformen befürworten, während Deng Xiaoping mit seinen gemäßigten Reformen das angeschlagene sozialistische System lediglich wieder instandsetzen will. Es sind offenbar die radikalen Reformkräfte, die Deng Xiaoping im Rahmen der Beseitigung der "geistigen Verschmutzung" von einflußreichen Positionen entfernen will, nachdem er seine maoistischen Gegner bereits weitgehend entmachtet hat. Die radikalen Reformen hatten ihm dabei nützliche Schützenhilfe geleistet. Nun haben sie offenbar ihre Schuldigkeit getan und müssen abtreten - getreu einer alten chinesischen Taktik politischer Machtkämpfe, nach der "der Jagdhund in den Suppentopf wandert, wenn der Hase erledigt ist".

Hu und Wang wird vorgeworfen, vom politischen Kurs des Zentralkomitees abgewichen und zu unabhängig in ihrer Veröffentlichungspraxis gewesen zu sein. Außerdem mißfiel der Parteizentrale, daß die beiden ausschließlich "linke", d.h. maoistische, Auswüchse angeprangert hatten. Hu Jiwei soll darüber hinaus angekreidet worden sein, im Jahre 1981 die Veröffentlichung von Kritiken am Filmskript "Bittere Liebe" von Bai Hua in der "Volkszeitung" verweigert zu haben. Er soll deshalb im Mai 1982 auf den neu geschaffenen Posten eines Verlagsdirektors abgeschoben und damit von der redaktionellen Arbeit entbunden worden sein. Der über 60jährige Hu Jiwei, wie Deng Xiaoping ein Opfer der Kulturrevolution, gehört der Führung der "Volkszeitung" seit Anfang der fünfziger Jahre an. Er war von Mai 1954 bis April 1965 stellvertretender Chefredakteur des ZK-Organs. Nach seiner Reaktivierung im Januar 1976 übernahm Hu im April 1977 den Posten des Chefredakteurs, den er bis Mai 1982 innehatte.

Der zusammen mit Hu Jiwei entlassene stellvertretende Chefre-

dakteur Wang Ruoshui dürfte vor allem wegen seiner unorthodoxen Ansichten zur Problematik der Entfremdung und des Humanismus im Sozialismus gestürzt worden sein. So soll Wang der Veröffentlichung des umstrittenen Vortrags von Zhou Yang auf dem Marx-Symposium im März 1983 persönlich zugestimmt haben. In diesem Vortrag hatte Zhou Yang unter anderem die Ansicht vertreten, daß Entfremdung auch im Sozialismus möglich sei und der Humanismus einen wesentlichen Bestandteil des Marxismus darstelle (siehe RMRB, 16.3.83). Wang Ruoshui hatte bereits im Juni 1981 die Ansicht vertreten, daß es in verschiedenen Bereichen der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft Entfremdungserscheinungen gebe. Um diese Entfremdungserscheinungen zu überwinden, forderte Wang eine Demokratisierung des politischen und ökonomischen Systems der VR China, wie z.B. eine wirksame Überwachung der Führer durch das Volk und die Beseitigung jeglichen Personenkults (Zhengming, Dezember 1983, S.55-56).

Wang Ruoshui ist zusammen mit dem stellvertretenden Direktor des Instituts für Philosophie der Akademie der Sozialwissenschaften,

Ru Xin, einer der Protagonisten eines Marxismus, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt. So veröffentlichte Wang am 17. Januar 1983 in der Shanghai-er Wenhui Bao einen Artikel unter der Überschrift "In Verteidigung des Humanismus", in dem er sich entschieden gegen die orthodoxen Kräfte innerhalb der KP Chinas wandte, die jeglichen Humanismus als "bürgerliches Gedankengut" und als mit dem Marxismus unvereinbar ablehnen. In Anspielung an das Kommunistische Manifest ließ Wang Ruoshui diesen für die chinesische Humanismus-Diskussion bedeutsamen Artikel mit folgendem Satz beginnen: "Ein Gespenst geht um in Chinas intellektuellen Kreisen - das Gespenst des Humanismus." Wang vertrat hierin nicht nur die Ansicht, daß "der Marxismus den Humanismus beinhaltet", sondern auch, daß "wir bei der sozialistischen Modernisierung den sozialistischen Humanismus benötigen". Für Wang beinhaltet diese Art des Humanismus u.a.

- die Ablehnung der "allseitigen Diktatur" und der rücksichtslosen Auseinandersetzung während der Kulturrevolution;
- die Ablehnung des Personenkults, der einen Menschen vergöttert und das Volk herabsetzt;
- die Gleichheit aller Menschen

vor der Wahrheit und vor dem Gesetz;

- den Schutz der persönlichen Freiheit und der Menschenwürde der Bürger;
- die Ablehnung feudalistischer Hierarchisierung und Privilegien;
- die Ablehnung der kapitalistischen Vergötterung des Geldes;
- die Ablehnung der Degradierung des Menschen zu einer Ware oder zu einem reinen Werkzeug;
- die Anerkennung, daß der Mensch das eigentliche Ziel nicht nur der sozialistischen Produktion, sondern der gesamten Arbeit ist;
- die Ablehnung des Bürokratismus, der den Menschen ignoriert, und des extremen Individualismus, der anderen Menschen Schaden zufügt;
- die Betonung des Faktors Mensch beim Aufbau des Sozialismus.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich Hu Jiwei und vor allem Wang Ruoshui für einen Sozialismus mit humanem Antlitz einsetzen. Nach Dengs Verdikt von Mitte Oktober d.J. zählt jedoch auch und gerade dies zur "geistigen Verschmutzung", die unbedingt beseitigt werden soll.

-sch-

### (8)

#### Eingeschränkter Hundert-Schulen-Wettstreit

Die Hongkonger Zeitschrift Ming-bao berichtete am 29. Oktober 1983 von einer internen Rede des Ideologen Hu Qiaomu im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die "geistige Verschmutzung", in der dieser die Bedeutung des im Jahre 1957 von Mao Zedong aufgestellten Prinzips "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" erläuterte. Demzufolge soll Hu Qiaomu die Auffassung vertreten haben, daß man über den politischen Kurs der Partei mit dem ZK einer Meinung sein müsse und daß abweichende Ansichten nicht in der Presse veröffentlicht werden dürften. Hus Fazit: "Über unsere grundlegenden Prinzipien dürfen wir nicht hundert Schulen wetteifern lassen." (Nach: SWB, 1.11.83) Politbüro-Mitglied Peng Zhen forderte auf einem Treffen mit Nichtparteimitgliedern ebenfalls, daß das Hundert-Blumen-Prinzip unbedingt in den Dienst der vom ZK definierten sozialistischen Sache gestellt werden müsse: "Es ist falsch, wenn einige Leute dies als ein Prinzip des Liberalismus verstehen." (RMRB, 24.10.83) -sch-

### (9)

#### Lyriker Ye Wenfu verhaftet

Der Lyriker Ye Wenfu, der im August 1979 durch sein kritisches Gedicht "So nicht, Herr General!" Aufsehen erregt hatte, soll unlängst im Rahmen der Kampagne gegen die sog. "geistige Verschmutzung" inhaftiert worden sein. Dies berichtete die in der Regel gut informierte Hongkonger Zeitschrift Zhengming in ihrer Dezember-Ausgabe (Nr.74, S.11). In dem oben genannten Gedicht hatte der zur Armee gehörige Ye Wenfu einen namentlich nicht genannten alten General scharf angegriffen, der einen Kindergarten hatte abreißen lassen, um für sich ein großes Wohnhaus im Werte von mehreren Hunderttausend Yuan bauen zu lassen. In dem Gedicht heißt es u.a.:

"Für deine 'Modernisierung' den Kindergarten abreißen, für die Späteren keinen Gedanken!

...

Das Morgen gehört den Kindern, den Kindern gehört es!  
Wenn dich die Kinder nicht kümmern,  
wer kommt, die Urne mit deiner Asche zu tragen?

...

Sind denn Premier Zhous feierlich verkündete Vier Modernisierungen

...

endlich nur dein Rülpsen,  
...uns entgegengespiener Fettrest

und Spucke?

Wirklich, es ist traurig, ---

mein General!"

(zitiert nach der deutschen Übersetzung von Rudolf G. Wagner, in: ders., "Literatur und Politik in der Volksrepublik China", Frankfurt 1983, edition suhrkamp 1151, S.102-103)

Bereits kurz nach der Veröffentlichung des Gedichts in der nationalen Lyrik-Zeitschrift "Shikan" wurde Ye heftig kritisiert - vor allem von Armeekreisen. Ye antwortete noch Ende 1979 in zwei Artikeln mit scharfer Kritik an der Privilegienwirtschaft und am mangelnden Demokratieverständnis der führenden Partei- und Armeekader. Ye bezeichnete das "feudalistisch-autokratische Denken" und den Bürokratismus innerhalb der Führung als Todfeinde der Modernisierung Chinas. Wenn die Partei diese Hemmnisse nicht bekämpfe und dem Volk "wirkliche Demokratie" vorenthalte, "dann ist die sog. Modernisierung chinesischen Typs lediglich eine andere Bezeichnung für Feudalsozialis-

mus" (nach Zhengming, Februar 1982, S.20-21).

Etwas mehr als ein Jahr später, im Januar 1981, veröffentlichte Ye Wenfu das Gedicht "Sie sollten sich einmal gründlich waschen, Herr General!", in dem es u.a. heißt:

"Wirklich, Herr General, sie müssen sich gründlich waschen... aber bitte nicht in jener (9.600 Yuan teuren) Badewanne (die sie sich unlängst zulegten) - all das ist wahrlich vorbildliche Modernisierung, oder ist es etwa Modernisierung, wenn sie nach Belieben junge Mädchen vergewaltigen?" (nach: ebenda, S.22)

Ye Wenfu zählte von 1979 bis 1981 nicht nur zu den schärfsten Kritikern der Privilegienwirtschaft der kommunistischen Machthaber, sondern auch zu den entschiedensten Mao-Gegnern und Verfechtern wirklicher Demokratie. In einem Vortrag über Lyrik am 10. April 1981 an der Pädagogischen Hochschule Beijing bezeichnete Ye Mao Zedong als "Tyranen" der schlimmer als jeder der chinesischen Kaiser gewesen sei: "Von den Schweinereien, die die vergangenen Dynastien angestellt haben, hat Mao alle begangen." Die Verfassung bezeichnete Ye Wenfu als "Makulatur", "weil in unseren Land nur die Kommunistische Partei das Sagen hat". Und weiter: "Diese Verfassung setzt der Führung durch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei keinerlei Schranken, d.h. sie ist nutzlos." (nach: ebenda, S.23).

Angesichts derart ätzender Kritik war es nahezu zwangsläufig, daß Ye Wenfu - neben Bai Hua, dem Autor von "Bittere Liebe" - zur Hauptzielscheibe der Bewegung zur Kritik bürgerlicher Liberalisierungstendenzen im Sommer 1981 wurde. In einem Gespräch mit Verantwortlichen des Propaganda-Apparates am 17. Juli 1981 bezeichnete Deng Xiaoping Ye Wenfu als politischen Gegner, und einen Monat später wurde Ye im ZK-Dokument 83/Nr.30 zusammen mit Bai Hua als Hauptvertreter bürgerlich-liberalen Gedankenguts gebrandmarkt. Soweit bekannt, durfte Ye Wenfu seitdem nichts mehr veröffentlichen. Seine jetzt erfolgte Verhaftung dürfte Ye ebenfalls Deng Xiaoping zu verdanken haben, der die Bewegung zur Beseitigung der "geistigen Verschmutzung" durch "rechte" Tendenzen mit einer Rede auf der 2. Plenartagung des XII. Zentralkomitees der KP Chinas im Oktober 1983 einleitete. -sch-

### (10) Parteikonferenz über Mao-Zedong-Gedanken

Vom 5.-12. November 1983 fand in Nanning eine nationale Konferenz über die Mao-Zedong-Gedanken statt. Sie wurde gemeinsam vom Institut für Parteigeschichte des ZK der KPCh und von der Chinesischen Gesellschaft zur Erforschung der Parteigeschichte aus Anlaß des neunzigsten Geburtstages Mao Zedongs veranstaltet. Teilnehmer waren über fünfhundert Parteihistoriker, Theoretiker des Marxismus-Leninismus und Lehrpersonal von Institutionen der Provinzebene und der VBA. Die Konferenz schloß mit dem Bekenntnis, daß die Mao-Zedong-Gedanken "das kostbarste geistige Gut" der chinesischen Partei seien. Als vornehmste Aufgabe der Parteihistoriker wurde bezeichnet, an den Mao-Gedanken festzuhalten und sie weiterzuentwickeln, die Parteimitglieder und das Volk mit dem Marxismus-Leninismus und den Mao-Gedanken zu erziehen, an den vier grundlegenden Prinzipien und der seit dem 3. Plenum des 11. ZK gültigen Parteilinie festzuhalten und die geistige Verschmutzung einzudämmen und auszuschalten (RMRB, 14.11.83). An dieser Aufgabenstellung läßt sich die Abhängigkeit der Parteihistoriker von der aktuellen Politik ablesen. Daß ein Institut des ZK nicht unabhängig sein kann, versteht sich; daß aber von den Parteihistorikern die Beteiligung an dem seit neuestem in Gang befindlichen Kampf gegen die geistige Verschmutzung erwartet wird, macht sie zum Sprachrohr aktueller Parteipolitik. Gerade diesen aktuellen Aspekt hob der namhafte Historiker Hu Sheng, Direktor des ZK-Instituts für Parteigeschichte und neuer Vorsitzender der Gesellschaft zur Erforschung der Parteigeschichte, in seinem Referat über die Ausrichtung der Partei und die Ausschaltung der geistigen Verschmutzung hervor.

Den Ausführungen in der Volkszeitung zufolge scheint das Referat von Liao Gailong, dem stellvertretenden Direktor des ZK-Instituts für Parteigeschichte und stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft zur Erforschung der Parteigeschichte, zum Thema "Die Mao-Zedong-Gedanken und der Aufbau eines spezifisch chinesischen Sozialismus" im Mittelpunkt gestanden zu haben. Als Merkmale des spezifisch chinesischen Sozialismus, wie er von Mao insbesondere in seinen jüngeren Jahren geschaffen worden ist, stellte er heraus: den Aufbau eines modernisierten sozialistischen Staates, den Weg der Industrialisierung im

wirtschaftlichen Aufbau, die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und der Volksdemokratie, den ideologischen und kulturellen Aufbau, die Lehre vom Aufbau der Partei und die grundlegenden Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft. Bei diesem Katalog fällt auf, daß er sich nur auf die Zeit bis zum Jahre 1957 bezieht, d.h., die 1981 anläßlich des 60. Gründungstages der KPCh in einem Parteidokument über die Bewertung Mao Zedongs festgeschriebene positive Einschätzung Maos vor 1957 und die Ausschaltung des mit dem "Großen Sprung" 1958 beginnenden radikalen Maoismus hat nach wie vor Gültigkeit.

Entscheidend in Liao Gailongs Referat war auch der Hinweis auf die Verdienste des ZK und Deng Xiaopings seit dem 3. Plenum des 11. ZK bezüglich des "Festhaltens und Weiterentwickelns" der Mao-Zedong-Gedanken. Dafür nannte Liao sieben Punkte:

1. das einheitliche strategische Ziel der Modernisierung auf wirtschaftlichem Gebiet, eines hohen Maßes an Demokratie auf politischem Gebiet und einer hohen Zivilisation auf geistigem Gebiet;
2. da der wirtschaftliche Aufbau bei jeder strategischen Aufgabe die zentrale Aufgabe ist, ist der Schwerpunkt der Arbeit im ganzen Land auf den wirtschaftlichen Aufbau zu verlegen und ist eine Politik der Öffnung nach außen und einer Belebung der Wirtschaft im Innern zu verfolgen;
3. die Verwirklichung eines hohen Maßes an sozialistischer Demokratie durch Demokratisierung der Partei und des staatlichen politischen Lebens sowie durch Errichtung eines vollendeten Rechtssystems;
4. gleichzeitiger Aufbau einer hohen sozialistischen materiellen und geistigen Zivilisation;
5. eine planmäßige und schrittweise Reform und Verbesserung des Partei- und Staatssystems;
6. Verbesserung des Arbeitsstils der Partei und Ausrichtung der Parteiorganisation und die Partei zum festen Kern bei der Leitung der sozialistischen Modernisierung machen;
7. die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der ideologischen Linie der Mao-Zedong-Gedanken des Suchens der Wahrheit in den Tatsachen und der Massenlinie.

Abschließend gab Liao seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich die Parteihistoriker weiter bemühen, die wichtigen Parteidokumente seit dem 3. Plenum des 11. ZK und die "Ausgewählten Werke Deng Xiaopings" zu studieren und Standpunkt, Anschauung und Methode des Marxismus-Leninismus und der Mao-Gedanken anzuwenden (RMRB, 14.11.83).

Die sieben Punkte stellen praktisch die Anpassung der Mao-Gedanken an die aktuellen Erfordernisse dar, wie diese sich Deng Xiaoping derzeit stellen. Man könnte auch sagen, es handelt sich um das, was Deng aus heutiger Sicht für die Schwerpunkte des Maoismus hält. Diese Sichtweise sollen sich nunmehr auch die Parteihistoriker zu eigen machen.

-st-

### (11) Nationale Kongresse der demokratischen Parteien

Ein Jahr früher als in ihren Satzungen vorgeschrieben begannen im November 1983 die nationalen Kongresse der sog. "demokratischen Parteien", die vor 1949 ins Leben gerufen wurden und seit Gründung der Volksrepublik China unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) angehören. Die PKCV ist die Organisation der sog. "Nationalen Einheitsfront" und stellte bis 1954 das 'Parlament' der Volksrepublik China dar. Nach der Etablierung des Nationalen Volkskongresses als legislatives Organ der VR China degenerierte die PKCV zu einem nurmehr beratenden Organ der Regierung. Während der Kulturrevolution mußten die PKCV und die demokratischen Parteien ihre Aktivitäten einstellen. Erst 1978/79 konnten die PKCV und die demokratischen Parteien ihre Arbeit wieder aufnehmen, und im Oktober 1979 fanden die ersten nationalen Kongresse der demokratischen Parteien seit dem Beginn der Kulturrevolution statt. Nachdem die demokratischen Parteien seit 1957 keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen durften, genehmigte die KPCh-Führung 1979 eine begrenzte Neuaufnahme von Mitgliedern, um ein Aussterben der hoffnungslos überalterten demokratischen Parteien zu verhindern. Seitdem durften die demokratischen Parteien insgesamt 55.000 neue Mitglieder aufnehmen, so daß sich ihre Mitgliederzahl jetzt auf insgesamt 120.000 beläuft (XNA, 4.11.83).

Auf der Tagesordnung der im November 1983 angelaufenen nationalen Kongresse der demokratischen Parteien standen jeweils der Arbeitsbericht des zentralen Führungsorgans, die Verabschiedung einer neuen Satzung und die Wahl der neuen Führungsgremien. Drei bzw. zwei Parteien schlossen ihren nationalen Kongreß innerhalb des Berichtszeitraums ab:

- Die Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau Chinas hielt ihren IV. Nationalen Kongreß vom 8. bis 19. November 1983 ab. Der 88jährige Hu Juewen wurde als Vorsitzender des Zentralkomitees der Gesellschaft bestätigt. Ihm zur Seite stehen 15 stellvertretende Vorsitzende sowie ein fünfköpfiges Exekutivbüro, das die Routinearbeiten der Parteizentrale erledigt. Die Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau Chinas wurde im Dezember 1945 gegründet. Ihre Mitglieder und Anhänger sind vor allem ehemalige Industrielle und Kaufleute sowie Intellektuelle. (RMRB, 9. u. 19.11.83)

- Die Nationale Vereinigung der Industriellen und Kaufleute Chinas hielt ihren V. Nationalen Kongreß vom 8. bis 19. November 1983 ab. Die Vereinigung wird offiziell nicht zu den demokratischen Parteien gezählt sondern als sog. "Massenorganisation" ehemaliger Industriellen und Kaufleute verstanden. Deshalb sind auch eine Reihe von Mitgliedern der Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau Chinas gleichzeitig Mitglied in der 1953 gegründeten Vereinigung der Industriellen und Kaufleute. Auf dem Kongreß wurde der 87jährige Hu Zi'ang erneut zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Vereinigung gewählt. Ihm zur Seite stehen 16 Stellvertreter sowie ein fünfköpfiges geschäftsführendes Büro. (RMRB, 9. u. 19.11.83)

- Die Gesellschaft für die Förderung der Demokratie Chinas trat vom 9. bis 21. November 1983 zu ihrem V. Nationalen Kongreß zusammen. Die Gesellschaft wurde im Dezember 1945 in Shanghai gegründet. Ihre 15.000 Mitglieder setzen sich vor allem aus Lehrkräften und Personen aus dem Verlagswesen zusammen. 9.000 Mitglieder, d.h. 60% der gesamten Mitgliedschaft, sind erst in den letzten vier Jahren in die Partei aufgenommen worden. Die Gesellschaft für die Förderung der Demokratie Chinas ist in 26 Provinzen, Autonomen Gebieten und provinzfremen Städten mit insgesamt 1.200 Basisorganisationen vertreten. Auf dem Kongreß wurde der 86jährige Zhou Jianren,

ein Bruder des berühmten Schriftstellers Lu Xun, als Vorsitzender der Gesellschaft bestätigt. Ihm zur Seite stehen sieben Stellvertreter sowie ein fünfköpfiges Exekutivbüro. Das Durchschnittsalter des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter beträgt 82 Jahre, das der fünf Mitglieder des Exekutivbüros, das die Routinearbeiten der Parteizentrale erledigt, allerdings nur 62. Von den 154 Mitgliedern und Kandidaten des VII. Zentralkomitees der Gesellschaft sind 61% Lehrer und Professoren. (XNA, 10. u. 23.11.83)

Auch in den neuen Satzungen der demokratischen Parteien ist die Führungsrolle der Kommunistischen Partei Chinas eindeutig festgelegt. Dies trifft insbesondere für die Satzung der Gesellschaft für die Förderung der Demokratie Chinas zu, in der die Unterwerfung dieser Organisation unter die Kommunistische Partei Chinas gleich zweimal verankert wurde. Auch die strikte Befolgung der "Vier grundlegenden Prinzipien" (Festhalten an der Führung durch die KPCh, an der demokratischen Diktatur des Volkes bzw. Diktatur des Proletariats, am sozialistischen System und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen) wurde in der Satzung der Gesellschaft für die Förderung der Demokratie Chinas verankert, um sicherzustellen, daß der Name der Gesellschaft nicht mißverstanden wird. (RMRB, 23.11.83)

Ebenfalls im November begannen die nationalen Kongresse von drei weiteren demokratischen Parteien: Demokratische Selbstbestimmungsliga Taiwans, Demokratische Partei der Arbeiter und Bauern Chinas und Zhigong-Partei.

-sch-

### (12) Beschleunigte Auflösung der Volkskommunen gefordert

Das Zentralkomitee der KP Chinas und der Staatsrat haben in einem gemeinsamen Rundschreiben die unteren Ebenen angewiesen, bis Ende 1984 möglichst alle Volkskommunen als staatliche Verwaltungsorgane aufzulösen und stattdessen Volksregierungen auf Gemeindeebene einzurichten (RMRB, 23.11.83). Die Abschaffung der Volkskommune als administrative Einheit und die Wiedereinrichtung von Gemeinden als unterste staatliche Verwaltungsebene war im Jahre 1982 beschlossen worden und hatte in die im Dezember 1982 verabschiedete Verfassung Eingang gefunden. Hintergrund des im November verbreiteten Rund-

schreibens der Partei- und Staatsführung dürfte die zeitliche Verzögerung bei der Errichtung von Gemeinderegierungen sein. Bis Oktober 1983 wurden nämlich erst 9.028 Volkskommunen als Verwaltungseinheiten aufgelöst und stattdessen 12.786 Gemeinden eingerichtet (RMRB, 27.10.83). Angesichts einer ursprünglichen Gesamtzahl von 53.348 Volkskommunen (Stand: 1979) bedeutet dies, daß bisher nur rund 17% der Volkskommunen entsprechend der geltenden Verfassung umgewandelt wurden.

-sch-

### (13)

#### **Kriminalitätsrate angeblich drastisch gesunken**

Nach dem Beginn der Hinrichtungswelle im Rahmen der Kampagne zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität ist die Kriminalitätsrate nach Angaben der Wochenzeitung "Chinas Rechtssystem" im September und Oktober 1983 erheblich zurückgegangen. Die Anzahl der Straftaten verringerte sich demnach im September um 46,7% (RMRB, 19.11.83: 47,4%) im Vergleich zum Vormonat und ging im Oktober noch einmal um 11,5% (RMRB, 19.11.83: 10%) zurück. Bei schweren Straftaten betrug der Rückgang im September 38,7% und im Oktober noch einmal 28,5% (nach: XNA, 18.11.83).

Nach einer Meldung des Shanghaier Rundfunks vom 11. November konnten in der Stadt zwar "Anfangserfolge" in der Bekämpfung der Schwerekriminalität erzielt werden, doch gäbe es noch eine Reihe von Schwerverbrechern, die sich auf freiem Fuß befänden (nach: SWB, 21.11.83).

Die Hongkonger Zeitschrift Zhengming berichtete von weiteren Fehlurteilen im Rahmen der Antikriminalitätskampagne (Zhengming, Dezember 1983, S.12; vgl. C.a., September 1983, S.564). Zhengming bestätigte die Hinrichtung eines Enkels von Marschall Zhu De, dem 1976 verstorbenen Mitbegründer der chinesischen Roten Armee. Sein Enkel Zhu Guohua soll wegen Vergewaltigung vom Mittleren Volksgerichtshof der Stadt Tianjin zum Tode verurteilt worden sein (ebenda, S.13; siehe auch C.a., Oktober 1983, Ü 13).

-sch-

### (14)

#### **Radikale Maoisten zu hohen Haftstrafen verurteilt**

Drei führende radikale Maoisten, die zum Teil bereits im Jahre 1968 (!) gestürzt worden waren,

sind am 2. November 1983 zu Haftstrafen zwischen 17 und 18 Jahren verurteilt worden. Allen Verurteilten wurde eine "Beteiligung an den kriminellen Aktivitäten der konterrevolutionären Jiang-Qing-Bande" zur Last gelegt - in allen Fällen eine Umschreibung für die linksradikalen politischen Aktivitäten der drei Verurteilten während der Kulturrevolution. Im einzelnen handelte es sich um folgende führende Anhänger der sog. "Viererbande":

- Qi Benyu, früher Mitglied der Zentralen Gruppe für die Kulturrevolution und stellvertretender Herausgeber des ZK-Theorieorgans "Rote Fahne", wurde zu 18 Jahren Haft und zum Entzug der politischen Rechte für weitere vier Jahre verurteilt. Qi war bereits 1968 gestürzt worden.

- Chi Qun, nach der Kulturrevolution Sekretär des Parteikomitees und Vorsitzender des Revolutionskomitees der Qinghua-Universität (bis Oktober 1976), wurde ebenfalls zu 18 Jahren Haft und zum Entzug der politischen Rechte für weitere vier Jahre verurteilt. Chi Qun zählte zu den führenden Mitgliedern einer radikal-maoistischen Autorengruppe, die unter dem Pseudonym "Liang Xiao" vor allem in den Jahren 1975 und 1976 zahlreiche theoretische Artikel veröffentlichte.

- Lin Qingtang, während der Kulturrevolution u.a. stellvertretender Kulturminister und stellvertretender Leiter des Zentralen Ballett- und Opernensembles, wurde zu 17 Jahren Haft und zum Entzug der politischen Rechte für weitere vier Jahre verurteilt.

In dem gleichen Verfahren wurden zwei weitere Personen wegen "Komplots zum Sturz der Regierung" und wegen Erhebung falscher Anklagen gegen andere Personen verurteilt: Zhao Dengcheng zu 15 Jahren Haft und Qi Jinghe zu 17 Jahren. Über den persönlichen Hintergrund dieser beiden Personen ist nichts bekannt. Da sie zusammen mit den drei oben genannten radikalen Maoisten verurteilt wurden, handelt es sich wahrscheinlich ebenfalls um Anhänger der radikalen Flügels der maoistischen Fraktion (Radio Beijing, 2.11.83, nach: SWB, 5.11.83; XNA, 3.11.83).

-sch-

### (15)

#### **Dissident Ren Wanding freigelassen**

Einer der Hauptinitiatoren des "Beijinger Frühlings" von 1978/79, der 39jährige Ren Wan-

ding, soll im April dieses Jahres nach vierjähriger Haft freigelassen worden sein. Dies meldete die französische Nachrichtenagentur AFP am 28. November unter Berufung auf informierte chinesische Kreise in der chinesischen Hauptstadt (nach: FAZ, 29.11.83). Ren Wanding zählte zu den Mitbegründern des Chinesischen Bunds für Menschenrechte, der am 1. Januar 1979 ins Leben gerufen worden war. Kurz nach ihrer Gründung veröffentlichte die Menschenrechtsvereinigung ein "Chinesisches Manifest für Menschenrechte", an dessen Ausarbeitung Ren Wanding maßgeblichen Anteil hatte. In dem Manifest, das zu den Klassikern der demokratischen Bewegung zählt, war vor allem die Forderung nach der Verwirklichung und Erweiterung der in der Verfassung niedergelegten Bürgerrechte erhoben worden. Neben einer Beendigung des Personenkultes und der Entfernung der sterblichen Überreste Mao Zedongs aus dem Mao-Mausoleum hatten die chinesischen Menschenrechtler in ihrem Manifest auch eine alljährliche Gedenkfeier für die "Bewegung des 5. April" von 1976 gefordert. Schließlich waren sie für eine innen- und außenpolitische Entspannungspolitik sowie für die Abschaffung der Geheimpolizei eingetreten (siehe die vollständige deutsche Übersetzung des "Chinesischen Manifests für Menschenrechte" in: F. Christiansen, "Die demokratische Bewegung in China - Revolution im Sozialismus?", München 1981, S.98-106).

Nachdem Deng Xiaoping persönlich am 30. März 1979 die "Vier grundlegenden Prinzipien" aufgestellt und zum Kampf gegen die demokratische Opposition geblasen hatte, schlug Ren Wanding am 4. April 1979 an der "Mauer der Demokratie" eine Wandzeitung an, die mit dem kritischen Satz begann: "Die Gegner der Demokratie beginnen ihren Angriff." Noch am selben Tag wurde Ren Wanding festgenommen. Der Fachmann für Hüttenwesen zählte zu den wenigen Vertretern der demokratischen Opposition mit einem naturwissenschaftlichen Hochschulabschluß. Der aus einer intellektuellen Familie stammende Ren Wanding, der bereits während der Kulturrevolution politisch verfolgt worden war, wurde - soweit bekannt - nie vor ein ordentliches Gericht gestellt. Die Dauer seiner Inhaftierung (vier Jahre) deutet darauf hin, daß Ren Wanding auf administrativem Weg mit "Umerziehung durch Arbeit" (Höchststrafe drei Jahre plus ein Jahr Verlängerung) bestraft wurde.

Der AFP-Meldung vom 28.11.1983

zufolge soll Ren Wandung mittlerweile wieder an seinen früheren Arbeitsplatz in einer Beijing Fabrik zurückgekehrt sein. Nach wie vor sind mindestens 50 führende Vertreter der demokratischen Bewegung in Haft - die meisten von ihnen ohne ordentliches Gerichtsverfahren.  
-sch-

**(16)****Gedenken an Liu Shaoqi**

Anlässlich des 85. Geburtstages des verstorbenen früheren Staatspräsidenten Liu Shaoqi am 24. November 1983 veröffentlichte das ZK-Organ "Volkszeitung" eine Rede, die Liu am 27. Januar 1962 auf einer erweiterten Arbeitstagung des Zentralkomitees gehalten hatte. In dieser Rede ("Einige Probleme des innerparteilichen Lebens") beschäftigte sich Liu schwerpunktmäßig mit Fragen der Parteidisziplin und der innerparteilichen Demokratie. Liu Shaoqi kritisierte unter anderem, daß in einer Reihe von Parteiorganisationen die Äußerung abweichender Meinungen nicht erlaubt sei und Andersdenkende in der Partei als "Anti-Partei-Elemente" verunglimpft würden. Auch wandte sich der während der Kulturrevolution von der maoistischen Fraktion brutal verfolgte und schließlich verstorbene Liu Shaoqi gegen übertriebene innerparteiliche Auseinandersetzungen. In der gleichen Ausgabe berichtete die "Volkszeitung" von einer Neuordnung und Erweiterung der Liu-Shaoqi-Ausstellung am früheren Wohnsitz des im Februar 1980 offiziell rehabilitierten Liu Shaoqi. Das Eingangsschild der Liu-Ausstellung wurde eigens von Deng Xiaoping mit einer Kalligraphie versehen. Die Post brachte zum 85. Geburtstag von Liu Shaoqi vier Sondermarken heraus (RMRB, 17.11.83).  
-sch-

**VERTEIDIGUNG****(17)**

**Personelle Veränderungen an der Spitze von zwei Militärregionen und vier Militärbezirken**  
- **Vormachtstellung der Shenyang-Militärs?**

Im Oktober und November 1983 wurden personelle Veränderungen an der Spitze von folgenden zwei Militärregionen und vier Militärbezirken bekannt:

- Militärregion Fuzhou: Neuer Kommandeur ist Jiang Yonghui, bisher stellvertretender Komman-

deur der Militärregion Shenyang (seit 1968) (Radio Fuzhou, 5.11.83, nach: SWB, 8.11.83). Jiang gelangte zum ersten Mal während der Kulturrevolution in das Zentralkomitee und gehört seit 1969 ununterbrochen dem ZK an. Jiang Yonghui ist nach Xiao Quanfu (seit Februar 1980 Kommandeur der Militärregion Urumqi) der zweite frühere stellvertretende Kommandeur der Militärregion Shenyang, der zum Kommandeur einer anderen Militärregion aufgestiegen ist. Ein dritter früherer stellvertretender Kommandeur der Militärregion Shenyang, ZK-Mitglied Xie Zhenhua, wurde im Oktober 1982 zum Politkommissar der Militärregion Kunming ernannt. Im Gegensatz zu Xiao Quanfu und Jiang Yonghui, die vierzehn bzw. fünfzehn Jahre in der Militärregion Shenyang verbrachten, war Xie nur vier Jahre (von August 1978 bis Oktober 1982) stellvertretender Kommandeur der Militärregion Shenyang.

"Politkommissar" (neue Bezeichnung; statt früher "1. Politkommissar") der Militärregion Fuzhou ist seit März 1981 Fu Kuiqing, der ebenfalls aus der Militärregion Shenyang kommt (dort von Juli 1977 bis 1981 stellvertretender Politkommissar), und der während der Kulturrevolution ebenfalls keine Machteinbußen hinnehmen mußte. Damit untersteht sowohl die militärische als auch die politische Führung der Militärregion Fuzhou früheren Shenyang Militärs.

Es ist sicherlich verfrüht, von einem wachsenden Einfluß einer Shenyang- oder Li-Desheng-Militärfraktion im nationalen Maßstab zu sprechen, zumal die Versetzung eines großen Teils der Shenyanger Militärführung in andere Militärregionen auch als ein Versuch der obersten militärischen Führung gedeutet werden kann, die Position der Shenyanger Militärs unter Li Desheng zu schwächen. Die Versetzung von einflußreichen regionalen Militärführern in andere Gebiete, in denen sie über keine persönliche Seilschaften verfügen und eine persönliche Machtstruktur erst aufbauen müssen, ist nämlich eine traditionelle Methode der Isolierung und Neutralisierung mißliebiger Regionalmachthaber. Den genannten Shenyang-Militärs kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als sie während der Kulturrevolution ausnahmslos keinerlei Machteinbußen hinnehmen mußten, sondern im Gegenteil z.T. erhebliche Machtgewinne verzeichnen konnten, wie z.B. Li Desheng und Jiang Yonghui. Aufgrund dieser spezifischen Lauf-

bahnmerkmale zählen sie eher zu den potentiellen Gegnern Deng Xiaopings als zu dessen Befürwortern.

- Militärregion Lanzhou: Neuer Politkommissar wurde Tan Youlin, zuvor (stellvertretender) Politkommissar der Militärregion Xinjiang. Tan ist Mitglied des XII. Zentralkomitees der KPCh. (Radio Gansu, 5.11.83, nach: SWB, 8.11.83)

- Militärbezirk Guizhou: Neuer Kommandeur ist Wang Zheng (Radio Guizhou, 20.10.83, nach: SWB, 25.10.83).

- Militärbezirk Liaoning: Neuer Kommandeur ist Jing Jianrui (Radio Liaoning, 15.11.83, nach: SWB, 22.11.83).

- Militärbezirk Qinghai: Neuer Kommandeur ist Xie Quanwei (Radio Qinghai, 14.10.83, nach: SWB, 19.10.83).

- Militärbezirk Shanxi: Neuer Kommandeur ist Zhang Guangyou (Shanxi Ribao, 31.10.83, nach: SWB, 23.11.83).  
-sch-

**(18)**

**Erneut Flucht eines VBA-Piloten nach Taiwan**

Am 14. November 1983 gelang dem VBA-Piloten Wang Xuecheng mit einer MIG 17 die Flucht nach Taiwan. Der 28jährige Wang war von einem Luftwaffenstützpunkt in der Provinz Zhejiang gestartet. Damit sind in den letzten 13 Monaten insgesamt drei Piloten der VBA-Luftwaffe nach Taiwan geflohen: Am 16. Oktober 1982 flüchtete Wu Ronggen mit einer MIG 19 nach Südkorea und am 7. August 1983 gelang dem 46jährigen Testpiloten Sun Tianqin mit einer F 7 (chinesische Version der sowjetischen MIG 21) die Flucht nach Seoul. Beide Piloten gingen später nach Taiwan (CNA, 14.11.83, nach MD, 15.11.83; JT, 15.11.83; FEER, 24.11.83; siehe auch C.a., August 1983, Ü 27).

Radio "1. August", sehr wahrscheinlich ein chinesischsprachiger sowjetischer Propaganda-Sender, berichtete in einer Sendung vom 4. Oktober über drei gescheiterte Fluchtversuche von VBA-Angehörigen im Juli und August dieses Jahres. Dabei soll Anfang August 1983 in der Militärregion Shenyang ein Militärflugzeug, dessen Pilot angeblich nach Südkorea flüchten wollte, abgeschossen worden sein (nach: SWB, 7.10.83).  
-sch-